

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 3 - Lennep

am 20.06.2012

**um 17:35 Uhr bis 19:15 Uhr in Remscheid, Thüringsberg 7, Lebenshilfe für geistig
Behinderte e.V (Speisesaal)**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Dr. Heinz-Dieter Rohrweck

Bezirksvertreterin

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki
Frau Bibiana Martz
Frau Herta Rohrweck
Frau Renate Schmid

Bezirksvertreter

Herr Hans-Ferdinand Enk bis 19:00 Uhr - TOP 11
Herr Roland Kirchner
Herr Volkmar Richter
Herr Eckhart Schmoeckel
Herr Luigi Valitutto

vom Seniorenbeirat

Herr Hermann-Josef Hohn bis 18:50 Uhr - TOP 11

vom Jugendrat

Herr Felix Kirchner

vom Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Frau Karin Lenhard-Moyzyczyk

von der Polizei

Herr Dieter Jakobi

Zuhörer

Herr Ulrich Stein

von der Verwaltung

Herr Hans-Gerd Sonnenschein Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung und
Wirtschaft
Herr Thomas Wurm Fachdienst 3.62 - Vermessung, Kataster und
Liegenschaften

Schriftführer

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Stellv. Bezirksbürgermeisterin

Frau Ursula Czylik

Tagesordnung

- 1 Änderung / Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 23.05.2012
- 3 Fragestunde für Einwohner
- 4 Bebauungsplan Karl-Evang-Straße
- 4.1 14/1966 Bebauungsplan Nr. 650 - Gebiet Karl-Evang-Straße
 1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB)
 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
- 4.1.1 14/2118 Welcher Zusammenhang besteht zwischen 644 und 650
- 4.2 14/2049 Bebauungsplan Nr. 650 - Gebiet Karl-Evang-Straße; Ergänzende Informationen zu Drucksache 14/1966
- 4.3 14/2065 Eingabe gegen den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 650 nach § 2 Abs.1 und § 13 a BauGB
- 5 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 5.1 14/2106 Anfrage zum Sachstand des Verkaufs des Kiosk nebst Toilettenanlage am Bismarckplatz
- 6 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 6.1 Städtisches Grundstück Post-/Bergstraße (Parkpalette)
- 6.2 Eigentums- und Wegerechte im Bereich des Lenneper Kirchplatzes
- 7 Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 8 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9 Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 10 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1 Schäden am Wendehammer der Platanenallee
 - Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki
- 10.2 Gebot zum Rechtsabbiegen im Einmündungsbereich Alte Kölner Straße / Kölner Straße
 - Anfrage Herr Enk

- 10.3** Behindertenparkplätze in der Karl-Evang-Straße
- Anfrage Frau Lenhard-Moyzyczyk
- 10.4** Neue Straße zwischen Albert-Einstein-Straße (Wermelskirchen) und Am Eichholz (Remscheid)
- Anfrage Herr Hohn
- 11** 14/1953 Bebauungsplan Nr. 624 - Gebiet Karlstraße, Robert-Schumacher-Straße
1. Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)
2. Entscheidung über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 4 Abs. 1 BauGB)
3. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1, § 13 a BauGB)
4. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegen per Tischvorlage eingebracht zu TOP 4 (alt TOP 11) die Drucksache 14/2118, die zu TOP 4.2 (alt TOP 11.2) angekündigte Drucksache 14/2049 vom 05.06.2012 sowie zu TOP 5 (alt TOP 4) die Drucksache 14/2106 zur Beratung vor.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Rohrweck wird der Punkt 11 (alt) – Bebauungsplan Karl-Evang-Straße – mit den Unterpunkten 11.1 (alt) (DS.- Nr. 14/1966), 11.1.1 (alt) (Drucksache 14/2118), 11.2 (alt) (Drucksache 14/2049) und 11.3 (alt) (Drucksache 14/2065) in der Beratungsfolge nach vorn gezogen und unter Punkt 4 (neu) behandelt. Die Beratungsfolge der anschließenden Punkte verschiebt sich entsprechend.

Auf Bitten von Herrn Kirchner berichtet die Verwaltung in öffentlicher Sitzung unter Punkt 6.2 (neu) aus der Drucksache 14/1842 (Punkt 7 – nichtöffentliche Sitzung) und gibt hierzu Informationen, soweit diese der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Erweiterungsbeschlüsse werden nicht gefasst.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 23.05.2012

Die Niederschrift über die Sitzung vom 23.05.2012 liegt noch nicht vor.

3. Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern liegen nicht vor.

4. Bebauungsplan Karl-Evang-Straße

Herr Stein erhält in seiner Funktion als Sprecher der Petenten Gelegenheit, noch einmal persönlich im Einzelnen darzulegen, warum die Petenten mit ihrer Eingabe den Wunsch und die Bitte an die Bezirksvertretung gerichtet haben, sich dagegen auszusprechen, dass in dem in Rede stehenden Gebiet an der Karl-Evang-Straße ein Bebauungsplan aufgestellt wird, um, wie von der Verwaltung in vorliegender Drucksache 14/1966 beschrieben, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu entwickeln für die Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses.

Herr Sonnenschein nimmt zunächst zu der vorliegenden Anfrage von Herrn Valitutto Stellung und stellt hierzu fest, dass Absatz 2 auf Seite 2 der Drucksache 14/1966 richtig lauten müsse:

(Zitat)

„Ortsüblich bekannt zu machen sind der Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. **650**, der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 650 im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt wird.“

(Zitat Ende)

Herr Sonnenschein bittet darum, diesen redaktionellen Fehler zu korrigieren.

Darüber hinaus geht Herr Sonnenschein im Verlauf der Beratung auf einzelne von den Mitgliedern der Bezirksvertretung wie auch von den anwesenden Petenten aufgeworfenen Fra-

gestellungen näher ein und zeigt noch einmal auf, warum die Verwaltung vorschlägt, das hier angesprochene Bauleitplanverfahren einzuleiten und hierzu die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. In diesem Zusammenhang modifiziert Herr Sonnenschein den Vorschlag der Verwaltung zur möglichen Form der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und schlägt der Bezirksvertretung vor, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. Ziffer 4.2 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung in Form der Darlegung und Anhörung in einer Bürgerversammlung mit gleichzeitigem Planaushang gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien zu beschließen.

Herr Kirchner macht darauf aufmerksam, dass der in der Örtlichkeit vorhandene Verbindungsweg zwischen Karl-Evang-Straße und Stormstraße nach seiner Einschätzung in seinem jetzigen Verlauf dem in Rede stehenden Bauvorhaben entgegen stehen könnte, so dass dieser Weg bei einer Realisierung des Bauvorhabens so wie nach vorliegenden Unterlagen geplant entweder aufgegeben oder aber in seiner Wegführung verändert werden müsste. Letztgenannte Alternative hätte dann aber aus seiner Sicht zur Folge, dass ein hier stehender Baum entfernt werden müsste.

Da beide Alternativen seiner Meinung nach nicht zu befürworten seien, müsse man hier unter Umständen eine Veränderung der Planung ins Auge fassen. Deshalb bittet Herr Kirchner die Verwaltung darum, diesen Sachverhalt möglichst kurzfristig zu prüfen und hierzu Stellung zu nehmen.

Des Weiteren bittet Herr Kirchner die Verwaltung um Auskunft, wann der Rat der Stadt den Beschluss gefasst habe, in den wirksamen Flächennutzungsplan die Darstellung einer Wohnbaufläche für das in Rede stehende Gebiet aufzunehmen.

Herr Sonnenschein nimmt zu den Ausführungen Stellung und weist darauf hin, dass die planerischen Überlegungen unter anderem darauf ausgerichtet seien, den hier angesprochenen Baum zu erhalten. Hinsichtlich der Frage nach der Beschlussfassung über die besagte Bauflächendarstellung im Flächennutzungsplan sagt Herr Sonnenschein zu, diese Information in der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nachzureichen.

(siehe hierzu auch die Punkte 4.1, 4.1.1, 4.2 und 4,3)

- 4.1. Bebauungsplan Nr. 650 - Gebiet Karl-Evang-Straße**
- 1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB)**
 - 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)**
- Vorlage: 14/1966**

Nach ausführlicher Aussprache lässt Herr Dr. Rohrweck über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 650 – Gebiet Karl-Evang-Straße – und den von der Verwaltung in der Sitzung modifizierten Beschlussvorschlag über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung getrennt abstimmen.

(Beratung hierzu siehe Punkt 4)

Beschluss: (3 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 3 – Lennep empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 650 – Gebiet Karl-Evang-Straße – wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan.

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 650 ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes zu entwickeln.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 650 erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB.

Ortsüblich bekannt zu machen sind der Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 650, der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 650 im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt wird.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Beschluss: (10 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Sofern der Haupt- und Finanzausschuss der vorstehenden Empfehlung der Bezirksvertretung nicht folgen, sondern den Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 650 – Gebiet Karl-Evang-Straße fassen sollte, fasst die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 650 – Gebiet: Karl-Evang-Straße – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.2 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Darlegung und Anhörung in einer Bürgerversammlung mit gleichzeitigem Planaushang gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien.

**4.1.1. Welcher Zusammenhang besteht zwischen 644 und 650
Vorlage: 14/2118**

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

(siehe hierzu Punkt 4)

**4.2. Bebauungsplan Nr. 650 - Gebiet Karl-Evang-Straße; Ergänzende Informationen zu Drucksache 14/1966
Vorlage: 14/2049**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

(siehe hierzu auch Punkt 4)

**4.3. Eingabe gegen den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 650 nach § 2 Abs.1 und § 13 a BauGB
Vorlage: 14/2065**

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Petenten zur Kenntnis.

Im Ergebnis ihrer Beratung über die in Rede stehende Bauleitplanung schließt sich die Bezirksvertretung dem Wunsch der Petenten an und beschließt eine Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss, in der die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 650 – Gebiet Karl-Evang-Straße – abgelehnt wird.

(Beratung hierzu siehe Punkt 4)

(Beschlussfassung hierzu siehe Punkt 4.1)

5. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

**5.1. Anfrage zum Sachstand des Verkaufs des Kiosk nebst Toilettenanlage am Bismarckplatz
Vorlage: 14/2106**

Herr Wurm nimmt zu der vorliegenden Anfrage von Herrn Valitutto Stellung und teilt mit, dass die Verwaltung in den Jahren 2010 und 2011 mit den beiden an einer Übernahme des Kioskes am Bismarckplatz interessierten Bewerbern Verhandlungen geführt habe. Diese Verhandlungen seien bisher noch nicht mit einem konkreten Ergebnis abgeschlossen worden. Allerdings könne man an dieser Stelle festhalten, dass alle Beteiligten übereinstimmend an einem Fortbestand eines Kioskes wie auch einer öffentlichen Toilettenanlage am Bismarckplatz interessiert seien. Da die hierfür notwendigen Investitionen mit einem gewissen finanziellen Aufwand verbunden seien, falle nun den Bewerbern die Aufgabe zu, ein entsprechendes Finanzierungskonzept auszuarbeiten und ihre weiteren Überlegungen und Planungen darauf auszurichten. Damit bleibe abzuwarten, zu welchen Erkenntnissen diese Untersuchungen im Ergebnis führen.

Auf Nachfrage von Herrn Valitutto nach Identität und Betreiberkonzept des neben dem Verkehrs- und Förderverein Lennep e.V. als zweiter Bewerber aufgetretenen Interessenten kündigt Herr Wurm an, hierzu im nicht öffentlichen Teil der Sitzung ergänzende Informationen zu geben.

(siehe hierzu auch Punkt 2.1 – nicht öffentliche Sitzung)

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

6.1. Städtisches Grundstück Post-/Bergstraße (Parkpalette)

Herr Sonnenschein gibt bekannt, dass der an dem Erwerb des städtischen Grundstückes Post-/Bergstraße (Parkpalette) interessierte Investor von seinen Überlegungen und Planungen für eine zukünftige Nutzung dieses Geländes Abstand genommen und sich zurückgezogen habe.

Die Bezirksvertretung nimmt die Information zur Kenntnis.

6.2. Eigentums- und Wegerechte im Bereich des Lennepers Kirchplatzes

Herr Wurm gibt die von der Verwaltung erbetenen Informationen und teilt mit, dass die Verwaltung den von Herrn Dr. Wollnitz in einer vergangenen Sitzung der Bezirksvertretung im Rahmen der Fragestunde für Einwohner aufgeworfenen Fragenkomplex zu den Eigentums- und Wegerechten im Bereich des Lennepers Kirchplatzes geprüft habe. Herr Wurm stellt hierzu fest, dass eine vollständige Sperrung des Lennepers Kirchplatzes mit Blick auf die in dem für diese Fläche maßgeblichen rechtsverbindlichen Bebauungsplan getroffenen Festsetzung einer Fläche für den Gemeinbedarf und der weiteren Festsetzungen von mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Anlieger, der Allgemeinheit und der Versorgungsträger zu belastenden Flächen aus Sicht der Verwaltung rechtlich nicht durchsetzbar wäre. Demgegenüber sei eine teilweise Sperrung des Kirchplatzes aus gegebenem Anlass beispielsweise bei einer Gefahrenlage möglich.

Herr Kirchner sieht hier aufgrund des bekannten Schadensereignisses aus jüngster Vergangenheit und der sich daraus ergebenden Fragen der Haftung des Grundeigentümers weiteren Klärungs- und vor allem für jedermann verbindlichen Regelungsbedarf. So stellt Herr Kirchner die Frage, ob es beispielsweise rechtlich möglich wäre, den Lennepers Kirchplatz zur Abwendung einer Gefahr bis auf einen schmalen Fußweg, der die Erreichbarkeit der anliegenden Grundstücke gewährleistet, abzusperren.

Nach Aussprache schließt sich die Bezirksvertretung den Ausführungen von Herrn Kirchner an und bittet die Verwaltung ergänzend zu prüfen, in welcher Form und vor allem in welchem Umfang eine Sperrung des Lennepers Kirchplatzes im Bedarfsfall rechtlich möglich ist und wie hierzu entsprechende, für jedermann verbindliche Regelungen getroffen werden können.

7. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Schäden am Wendehammer der Platanenallee - Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki

Frau Kemper-Heibutzki berichtet, dass kürzlich wieder ein größerer Lkw im Bereich des Wendehammers am Ende der Platanenallee erhebliche Schäden verursacht habe. Um möglichen weiteren Schadensereignissen vorzubeugen bittet Frau Kemper-Heibutzki die Verwaltung darum, das eingangs der Platanenallee aufgestellte Verkehrszeichen zur Ausschilderung des hier geltenden Durchfahrverbots für Fahrzeuge über 18 Tonnen vielleicht besser sichtbar zu platzieren.

Frau Rohrweck schlägt ergänzend vor, hier mit einem zusätzlichen Schild auf die fehlende Wendemöglichkeit für Lkws dieser Größenordnung hinzuweisen.

10.2. Gebot zum Rechtsabbiegen im Einmündungsbereich Alte Kölner Straße / Kölner Straße - Anfrage Herr Enk

Herr Enk weist darauf hin, dass Fahrzeuge, die aus der Alte Kölner Straße an der Einmündung Kölner Straße nach links in Richtung Altstadt ausfahren wollen, dem in beiden Fahrrichtungen fließenden Verkehr in der Kölner Straße Vorfahrt gewähren müssen und damit bei entsprechend hohem Verkehrsaufkommen oftmals nur nach längerer Wartezeit abbiegen können, wodurch wiederum die nachfolgenden Fahrzeuge, die hier nach rechts in Richtung Trecknase abbiegen wollen, an der Weiterfahrt gehindert sind. Um diese nach seinen Beobachtungen zum Teil erheblichen Rückstaus von Fahrzeugen in der Alte Kölner Straße zukünftig zu vermeiden schlägt Herr Enk vor, an besagter Einmündung nur noch das Abbiegen nach rechts zu erlauben und die Fahrzeuge mit Fahrtziel Richtung Altstadt über die Straße Am Johannisberg zu leiten. Da diese Straße als Einbahnstraße ausgewiesen sei und im Einmündungsbereich in die Kölner Straße über räumlich getrennte Abbiegespuren verfüge, sei hier nach seiner Einschätzung nicht mit derartigen Rückstaus von Fahrzeugen wie beschrieben zu rechnen.

Herr Enk bittet die Verwaltung darum, diesen Vorschlag zur Verkehrsführung zu prüfen.

**10.3. Behindertenparkplätze in der Karl-Evang-Straße
- Anfrage Frau Lenhard-Moyzyczyk**

Frau Lenhard-Moyzyczyk greift die Beratungen zum Bebauungsplan Nr. 650 – Gebiet Karl-Evang-Straße auf und bittet die Verwaltung darum, im Falle einer Realisierung des hier angesprochenen Bauvorhabens ihr Augenmerk auf ein ausreichendes Angebot an Parkplätzen für Behinderte in diesem Bereich zu richten.

**10.4. Neue Straße zwischen Albert-Einstein-Straße (Wermelskirchen) und Am Eichholz (Remscheid)
- Anfrage Herr Hohn**

Herr Hohn bittet die Verwaltung noch einmal darum, der Bezirksvertretung das nach der Berichterstattung der örtlichen Tagespresse vom Mai diesen Jahres im Raum stehende Projekt einer neuen Verbindungsstraße zwischen der auf Wermelskirchener Gebiet gelegenen Albert-Einstein-Straße und der auf Remscheider Stadtgebiet gelegenen Straße Am Eichholz vorzustellen und hierbei zu erläutern, inwieweit diese Straße dazu geeignet wäre, den Verkehrsknoten B 51 / B 237 in Bergisch Born zu entlasten.

**11. Bebauungsplan Nr. 624 - Gebiet Karlstraße, Robert-Schumacher-Straße
1. Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)
2. Entscheidung über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 4 Abs. 1 BauGB)
3. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1, § 13 a BauGB)
4. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)
Vorlage: 14/1953**

Herr Sonnenschein gibt die von der Verwaltung erbetenen Informationen und legt in diesem Zusammenhang noch einmal dar, warum die Verwaltung den Vorschlag zur Durchführung des in Rede stehenden Bauleitplanverfahrens in die politische Beratung eingebracht hat. Hierbei geht Herr Sonnenschein auch auf einzelne Planungsdetails noch einmal näher ein.

Im Zuge seiner Ausführungen unterrichtet Herr Sonnenschein die Bezirksvertretung über die auf Vorschlag von Herrn Lellek aufgenommenen Untersuchungen der Verwaltung zu der Fragestellung, ob und inwieweit es möglich ist, im Zuge des für die Erschließung des Gewerbegebietes am Bahnhof Lennep geplanten Um- und Ausbaus der Schlachthofstraße mit Brückenüberführung eine Fläche freizuhalten, über die man vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt bei Vorliegen der entsprechenden finanziellen Voraussetzungen den momentan am Bahnhof Lennep endenden Fuß- und Radweg in Richtung Lüttringhausen fortführen kann.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

gez.

Dr. Heinz-Dieter Rohrweck
Bezirksbürgermeister

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer